

STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und seine Ortsteile

Der neue Jugendtreff und sein Standort

Vorab: Es ist sehr erfreulich, daß Bürgermeister und Stadtrat in einer Grundsatzentscheidung für die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs in Treuchtlingen stimmten - nach langjährigem Drängen der SPD.

Wo soll der „Treff“ entstehen?

Zur Erinnerung: 1995 schlug die Stadt zwei Gebäude zur Auswahl vor: das Anwesen Augsburgs Straße 1 und Räume im sogenannten Industriegebäude, dem ehemaligen RAD-Lager. Nach einer Besichtigung empfahl der Ferienausschuß das RAD-Lager. Bürgermeister Herrmann wandte sich gegen diese Empfehlung, weil diese Räume in unmittelbarer Nähe des Museums lägen (Brandgefahr!) und außerdem an ihrer Anmietung eine EDV-Firma interessiert sei. In der heutigen Situation wären neue Arbeitsplätze noch wichtiger als ein Jugendtreff. Die SPD-Stadtratsfraktion bat trotzdem, erneut die Vor- und Nachteile beider Standorte abzuwägen und mit der interessierten Firma zu sprechen - zum Beispiel, ob nicht für sie die Augsburgs Stra-

ße in Frage käme. Stadträtin Susanne Hartl wies nochmals auf die für einen Jugendtreff günstige zentrale Lage des ehemaligen RAD-Lagers hin.

Gerade wegen dieser zentralen Lage, so Bürgermeister Herrmann in seiner Entgegnung, seien diese Räume für die Firma attraktiv. Dem Vertragsabschluß stünde nur die Klärung einiger Modalitäten entgegen. Polemisch unterstellte CSU-Chef Kerth der SPD, auf Arbeitsplätze verzichten zu wollen. Stadträtin Hartl widersprach dem und beharrte darauf, vor einem endgültigen Stadtratsbeschuß zum Jugendtreff noch einmal nicht nur die beiden genannten, sondern auch noch weitere Standorte zu prüfen. Als sie zudem feststellte, daß sie der Argumentation des Bürgermeisters so nicht folgen könne, verließ Herr Herrmann die sachliche Ebene: Er habe schon bemerkt, daß Frau Hartl länger brauche, um etwas zu kapieren.

Der Bürgermeister ließ in dieser durch seine Polemik aufgeheizten Situation abstimmen, ohne weiter auf die Einwände der SPD einzugehen. Seit 19.10.1995 gibt es nun diese beiden Stadtratsbeschlüsse: erstens ein Jugendzentrum einzurichten - dem alle Fraktionen zustimmten - und zweitens dafür das Gebäude Augsburgs Straße 1 vorzusehen - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion. **Was ist seitdem geschehen?** Das von CSU und Bürgermeister durchgepeitschte Objekt Augsburgs Straße ist offenbar klammheimlich gestorben. Der erkennbare Widerstand der betroffenen Jugendlichen und der Anwohner hat wohl auch bei der CSU gewirkt.

Die seinerzeit angeblich an den Räumen im RAD-Lager so interessierte Firma hat diese bis heute nicht angemietet. In den Räumen im RAD-Lager soll nun der Fundus der Stadt untergebracht werden. Und für den Jugendtreff ist plötzlich das Alte Schulhaus - in dem der AW-Seniorenclub sein Domizil hat - der „letzte Schrei“. Der Bauausschuß des Stadtrats hat das Gebäude bereits besichtigt. Die Verwaltung hat wegen nötiger Umbauten einen Architekten beauftragt - voraussichtliche Kosten mehrere hunderttausend Mark.

Im Stadtrat ist das Thema Jugendtreff inzwischen wieder einmal tabu. Obwohl alle wissen, daß die Augsburgs Straße als Standort nicht in Frage kommt, wurde der Beschluß vom Oktober 1995 bislang noch nicht aufgehoben. Eine Anfrage der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hartl im Stadtrat blieb bislang ohne Antwort. Da die SPD leider in der Minderheit ist, kann sie nur stauend zusehen, wie ein Anliegen,

Fortsetzung S. 4

Wir freuen uns über die langjährige Treue unserer Mitglieder zur SPD und möchten allen nochmals danken, die 1996 dafür ausgezeichnet wurden:

Rudolf Barthel, Otto Brunner, Wenzel Lorenz, Josef Segl für 50 Jahre Parteizugehörigkeit, *Ludwig Unsorg, Betti* und *Georg Wolski* für 40 Jahre in der SPD, *Andrea Blum-Seuberth* und *Wilhelm Rachinger* für 25jährige Mitgliedschaft.



Landtagsabgeordnete Christa Naaß ist für die Bürger da

- „vor Ort“ und im Parlament

- Die Petition, ein Bürgerrecht das Wirkung hat -

Christa Naaß, MdL, ist Mitglied im **Petitionsausschuß** des Bayerischen Landtags und somit Bürgeranwältin im Parlament. Sie versucht, möglichst vielen Menschen im Einzelfall zu helfen.

Mit einer Petition haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihren Fall zur „Chefsache“ zu machen.

Immerhin werden 27% aller Petitionen vom Parlament mit positiven Voten versehen, in der letzten Wahlperiode waren es noch 33%.

Im Verhältnis Bürger/Staat spielt das Petitionsrecht eine wichtige Rolle. Die Bürgerinnen und Bürger wenden sich aus drei Gründen an das Parlament:

1. Man sucht Hilfe im Einzelfall.
2. Man findet auf diesem Weg eine Möglichkeit, das politische Geschehen mitzugestalten, al-

so außerhalb von Wahlen direkt mitzuwirken. Die Petition ist also eine Art Volksbegehren im Westentaschenformat.

3. Man ermutigt das Parlament mit einer Petition, sein Kontrollrecht gegenüber der Staatsregierung und der Verwaltung auszuüben.

Das Petitionsgeschehen ist prädestiniert, als Brücke zwischen Landtag und Bürgerschaft zu dienen, denn Politikverdrossenheit hat auch etwas mit dem abgerissenen Dialog der Politik mit den Bürgern zu tun.

In der laufenden Periode gingen **5814 Eingaben** ein, das sind

- jährlich ca. 3.700
- monatlich ca. 310
- wöchentlich ca. 10.

Im Petitionsausschuß werden vor allem Petitionen bearbeitet, die

- das Ausländerrecht, Vertriebene, Aussiedler
- Bauangelegenheiten
- den Strafvollzug, Gnadenrecht
- Vormundschaftsangelegenheiten
- Unterbringung im Bezirkskrankenhaus
- die Schulwegkostenfreiheit betreffen.

Im **Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes** werden

- vor allem Petitionen, die
- allgemeine Personalfragen -
- das Beihilferecht
- Versetzung, Abordnung -
- Besoldung und soziale Leistungen betreffen, behandelt.

Christa Naaß bearbeitete von Oktober 1994 bis September 1996 401 Petitionen als Berichterstatterin bzw. Mitberichterstatterin,

- davon 258 im Ausschuß für Eingaben und Beschwerden und
- 143 im Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Jusos fordern:

Es wird Zeit für Gerechtigkeit - Bleiberecht für Familie Yildiz!

Seit Jahren werden die Freiheitsbestrebungen der kurdischen Bevölkerung in den Gebieten der Türkei, Syriens, des Irak und des Iran gewalt- sam unterdrückt. Es starben allein mehr als 20.000 Menschen, 5.000 Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht. Nach Deutschland flohen 520.000 Kurden und Kurdinnen. Familie Yildiz gehört dazu. Sie kam 1989 nach Deutschland und stellte hier einen Antrag auf Asyl.

Der Vater der siebenköpfigen Familie, Mesut Yildiz war aufgrund gewerkschaftlicher Akti-

vitäten seiner kurdischen Volkszugehörigkeit und seines alewitischen Glaubens in der Türkei mehrere Male festge- nommen, gefoltert und mit dem Tode bedroht worden. Nach sechs Jahren wurde der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt.

Aus Angst vor Folter und Tod bei Rückkehr in die Türkei blieb der Familie das Kirchen- asyl als letzte Rettung. Am 23. September 1995 nahm die St- Andreas Gemeinde Weißen- burg die Familie in ihren Räu- men auf.

Davor lebte die Familie in so- zial gesicherten Verhältnissen in Haardt bei Weißenburg. Der Vater, der älteste Sohn und die älteste Tochter arbeiteten. Um der Kirche „nicht auf der Ta- sche zu liegen“ gab die Familie viel auf: Sohn Aligül verkauft z.B. sein Auto.

Familie Yildiz ist kein Einzelfall. Allein in Bayern befinden sich über 60 Menschen in Kirchen- asyl. Der Artikel 1 des Grund- gesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ muß für ALLE gelten:

Stoppt die Abschiebung in Folterstaaten!

Berichte aus der Kreistagsfraktion

Dr. Werner Winter - SPD-Fraktionsvorsitzender

Das Märchen von plötzlich sinkenden Abfallmengen

In der Öffentlichkeit wird in den vergangenen Monaten der Eindruck erweckt, daß es im Landkreis plötzlich drastisch sinkende Abfallmengen gibt, welche zu höheren Abfallgebühren führen. Darüber können wir uns nur wundern! Seit 1990 (!) sind die durchschnittlichen Mengen pro Einwohner und Jahr an Hausmüll und Bioabfall bekannt. Wir haben diese Zahlen vorgelegt.

Daß die Deponie zu groß geplant wurde, haben wir auch immer wieder gesagt. Wir haben auch auf die zu groß geplante Verbrennungsanlage in Ansbach hingewiesen. Unsere Argumente verhallten im Wind. Die Mehrheitsfraktion im Landkreis vergrößerte die Anlage durch ihre Forderung, auch noch Klärschlamm verbrennen zu lassen.

Nachdem nun über 5 Mio. Mark Planungskosten angefallen sind, will man nun den Ausstieg. Sollte der Ausstieg, welchen wir bereits vor Jahren gefordert haben, nun doch vollzogen werden, dann wurden 5 Mio. Mark in den Sand gesetzt. Ein Fall nicht nur für den Bund der Steuerzahler!

Explodierende Abfallgebühren - vorhersehbar und vermeidbar

Die Kostenentwicklung bei den Abfallgebühren war bereits seit Jahren bekannt, infolge Sickerwasserentsorgung und Sickerwassernachsorge klaffte bereits vor der Kommunalwahl 1996 ein Riesenloch im Gebührenaufkommen. Da es im Landkreis keine Ausschreibung für das Einsammeln und

den Transport des Abfalles gibt, sollte aus unserer Sicht ein sog. „Benchmarking“ der Abfallentsorgungskosten durchgeführt werden.

Wir wollten einen Vergleich der Kosten für Deponierung, Einsammeln und Transport, Sperrmüllentsorgung mit anderen Gebietskörperschaften. Dies ist bis heute nicht erfolgt. Durch genaue Analyse der Kostenstrukturen hätte man schon rechtzeitig reagieren und gegensteuern können. Es zeigt sich immer mehr, daß einseitige Verträge mit einem Entsorgungsunternehmer ohne der Möglichkeit der Ausschreibung nicht zu günstigen Abfallentsorgungskosten führen. Im Gegenteil: Mit Aufwendungen von ca. 210 Mark pro Einwohner und Jahr einschließlich den Kosten für den Gelben Sack (DSD) dürften wir weiter mit an der Spitze in ganz Mittelfranken liegen.

Wir werden uns weiter für gerechte und niedrige Abfallgebühren einsetzen!

Fremdmüll nach Cronheim - für uns ein Skandal!

Gegen die Stimmen der SPD hat der Umweltausschuß beschlossen, daß in die Deponie Cronheim jährlich ca. 25.000 Tonnen Fremdmüll zu Marktpreisen eingebracht werden dürfen. Der Landrat sprach von einem „Geschäft“, das ca. 100 bis 200 Mark „Gewinn“ je Tonne Fremdmüll bringt.

Nun Hegen die Zahlen auf dem Tisch, man geht gerade von läppischen 30 Mark aus, womit sich damit nicht einmal die Kosten für die Sickerwasserentsorgung und die Sickerwas-

ternachsorge decken lassen. Während die Gebühr für eine Tonne Gewerbeabfall für einheimische Gewerbetreibende in Zukunft bei ca. 400 Mark liegen dürfte, darf aus Gebieten außerhalb unseres Landkreises Abfall in unseren Landkreis zu Marktpreisen, die liegen z.Z. bei ca. 150 bis 200 Mark, deponiert werden.

Aus unserer Sicht eine wirtschaftliche Bevorzugung von Gewerbebetrieben außerhalb unseres Landkreises. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß Restabfälle nicht wie Wirtschaftsgüter behandelt werden dürfen.

Freiwilliges Ökologisches Jahr - eine erfolgreiche Einrichtung

Mit Freude beobachtet die SPD-Kreistagsfraktion die Arbeit der jungen Menschen, welche im Rahmen eines freiwilligen ökologischen Jahres in der Landkreisverwaltung arbeiten. Der Kreisausschuß folgte einem Antrag der SPD und richtete zwei Stellen ein. Eine weitere Stelle soll nun auf Vorschlag der Verwaltung eingerichtet werden.

Gleichstellungsbeauftragte

Seit Jahren fordert die SPD für die Kreisverwaltung eine Gleichstellungsbeauftragte. Unsere Anträge wurden belächelt und abgelehnt. Nun ist es soweit: Nachdem die CSU in München auch etwas für Frauen tun will, gibt es ein Gesetz und nun wurde auch in der Landkreisverwaltung eine Gleichstellungsbeauftragte benannt, welche andere Landkreise übrigens schon längst haben.

Härtefallregelung für Familie Yildiz!

Mit einem Infostand unterstützten die Jusos Treuchtlingen am 19. Oktober ein Aktionsbündnis, daß die im Weißenburger Kirchenasyl lebende kurdische Familie Yildiz öffentlich vertritt. Zusammen mit Vertreterinnen anderer beteiligter Organisationen (evangelische und katholische Kirchengemeinde Weißenburg, DGB, Kreisverbände von SPD, Bündnis 90/Grüne, GEW u.a.) informierten die Jusos über das Schicksal der Familie. Besonders hingewiesen wurde auf die restriktive Handhabung der sogenannten Härtefallregelung in Bayern. Obwohl die Familie Yildiz alle Bedingungen für eine Aufenthaltsgenehmigung erfüllt - insbesondere den langjährigen Aufenthalt in Deutschland - wird ihr diese wegen angeblich illegalem Aufenthalt verwehrt (damit ist das Kirchenasyl gemeint). Ob es sich beim Kirchenasyl um „illegalen Aufenthalt“ handelt, ist allerdings umstritten, denn - so argumentierte das OLG Köln bei einem ähnlich gelagerten Fall - die Behörden kennen ja den Aufenthaltsort und dulden ihn. (Weiterer Bericht im Innenteil)

Fortsetzung von S. 1

das vor der Wahl alle Parteien - zumindest verbal - als wichtig erachteten, jetzt wieder auf die lange Bank geschoben wird. Besser wäre es gewesen, wenn die Einrichtung eines Jugendtreffs im ehemaligen RAD-Lager beschlossen worden wäre. Eine Umgestaltung dieser Räume hätten die Jugendlichen selbst mit tatkräftiger Hilfe weiterer Bürger bewerkstelligen können - zwar als „kleinere“ und vorläufige Lösung, aber eben auch mit erheblich geringerem Kostenaufwand. Wenn der Jugendtreff dann erst einmal „in Betrieb“ gewesen wäre, hätte man sich in Ruhe nach einer größeren, endgültigen Lösung umsehen können. So aber ist mindestens ein Jahr ungenutzt verstrichen.

Die endgültige Entscheidung sollte von möglichst vielen Beteiligten innerhalb und außerhalb der Initiativgruppe Jugendtreff getragen werden. Es ist besser, einen untauglichen Beschluß zu revidieren, als sich später den Vorwürfen auszusetzen, falsch entschieden zu haben.

Wie stehen wir zum Krankenhaus Treuchtlingen?

Im August erweckte der Bericht über eine Pressekonferenz der SPD-Kreistagsfraktion, vertreten durch Dr. Werner Winter und Günter Kreißl, in der örtlichen und regionalen Presse den Eindruck, daß diese Fraktion den Bestand des Treuchtlinger Krankenhauses in Frage stelle.

Noch heute werden wir Treuchtlinger SPD-Kreistagsmitglieder von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen und um Klarstellung gebeten.

Wie schon die SPD-Kreisrätinnen und -Kreisräte der letzten Wahlperiode, so stehen auch wir heutigen Mitglieder der Kreistagsfraktion zu dem einstimmigen Beschluß: „Ziel der SPD ist es, die drei Krankenhäuser im Landkreis zu erhalten. Wir wollen eine bürgernahe Versorgungsstruktur.“ Besonders im ländlichen Bereich spielt die Wohnortnähe der stationären Krankenversorgung eine große Rolle.

Die Patienten aus Treuchtlingen und dem Umland fühlen sich im Treuchtlinger Krankenhaus wohl und sind dort gut aufgehoben.

In der Fachabteilung für Urologie werden auch Patienten über den Landkreis hinaus bestens versorgt.

Eine negative Entwicklung im Zusammenhang mit dem Treuchtlinger Krankenhaus wollen wir jedoch nicht verschweigen: Ab September 1997 sollen keine Krankenschwesternschülerinnen und Krankenpflegeschüler mehr eingestellt werden! Diesen Beschluß faßte der Krankenhausausschuß des Stadtrats gegen die Stimmen der SPD. Aus rein finanziellen Gründen werden die pro Jahr vorhandenen vier Ausbildungsplätze nicht mehr besetzt.

Dies ist aus unserer Sicht ein völlig falsches Signal einer Stadt an ihre jungen Bürgerinnen und Bürger. Und wenn der Bürgermeister die örtlichen Betriebe auffordert, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden, so sollten er und seine Mehrheit im Stadtrat bei der derzeit so angespannten Arbeitsplatzsituation mit gutem Beispiel vorangehen und wenigstens den augenblicklichen Stand erhalten. Werner Baum - Susanne Hartl

Unsoziale Mißwirtschaft ist schwarz

Soziale Marktwirtschaft ist rot



V.i.S.d.P.: SPD-Ortsverein Treuchtlingen, Hans Enderle, Gutenbergstr. 1, 91757 Treuchtlingen
Texte Wilfried Seuberth, Stefan Fischer, Christian Keller, Susanne Hartl, Redaktion Christel Keller, alle Treuchtlingen

Wenn Sie...

...über 60 Jahre alt sind: Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Maria Schmidt, Tel. 2183

...eher jugendlich sind: Juso AG Treuchtlingen, Christian Keller, Tel. 2997

...ein Anliegen haben, das den Stadtrat betrifft: Werner Baum jr., Tel. 5869 oder Susanne Hartl, Tel. 8403

...sich für Behindertenpolitik interessieren: AK Behinderte/Nichtbehinderte, Gabriella Grillenberger, Tel. 5912

...eine Einladung zum Landestreffen 1997 von Kirche & SPD in Bayern wünschen: Christel Keller, Tel. 8142

...im Internet Aktuelles aus der Kreis-SPD erfahren möchten: <http://home.t-online.de/home/spd.wug-gun>

...der SPD beitreten wollen: Hans Enderle, Tel. 200145 (oder jedes andere SPD-Mitglied)

...dem Ortsverein eine Spende überweisen möchten: Sparkasse Treuchtlingen, BLZ 76451030, Konto-Nr. 411132